

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs erhalten sämtliche Wohnstätten-Beteiligungen. Unser Streifenband bezogen für Postbezugs und Ortsbezug 16,50 M., für das übliche Postband 21,50 M. jährlich. Gebührenschein, der Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Bezahlungen, Einnahmen und Verlag: Berlin G. B., Breite Straße 8-9.

Die schweizerische Kampfbühne über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszulage. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszulage. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Gebührenschein in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Bezugspreis: Zentrum 2030, 2045, 4518 4602, 4635, 4648, 4822.

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Vor dem Bergarbeiterstreik

### Abwehrmaßnahmen der Regierung

St. London, 16. Oktober.

Die Konferenz der Gewerkschaftsvertreter beriet gestern das Schreiben Lord Georges und beschloß, daß der Streik durchgesetzt werden solle. Den Arbeitern wurden Telegramme geschickt, in denen sie angewiesen werden, die Arbeit niederzulegen. Trotzdem hofft man noch auf Versuche, den Streik zu verhindern. Wie verlautet, sind die übrigen Gewerkschaften, insbesondere die Eisenbahner und Transportarbeiter bereit, einen neuen Versuch zur Regelung zu unternehmen. Die Möglichkeit, daß die Eisenbahner in einen Sympathiestreik treten könnten, wird von einem Beamten des Eisenbahnerausschusses bestritten. Dieser erklärte, die Mehrheit der Eisenbahner sei gegen eine solche Wendung. Heute tritt der Vollzugsausschuß der Eisenbahner zusammen, um über die Haltung der Eisenbahner in dem Gewerkschaftsstreik zu beraten.

Wie verlautet, hat Lord George zu verstehen gegeben, daß er bereit sei, die Forderungen der Gewerkschaften abermals zu empfangen, falls sie Vorschläge machen wollten, die Aussicht auf weitere Verhandlungen zuließen. Lord George bleibt während des Wochenendes in London. Der Lausache, daß der Eisenbahnerführer Thomas, der vor drei Wochen durchsah, daß der Streik aufgeschoben wurde, aus Karlsbad in Böhmen zurückkehrt, wird auch große Bedeutung zugeschrieben. Inzwischen trifft die Regierung alle Maßnahmen, um die Lebensmittellieferanten nicht zu gefährden. Tausende von Kraftwagen sind zusammengebracht, und auch Privatpersonen werden angefordert, ihre Automobile zur Verfügung zu stellen. Sämtliche Ausfuhr von Kohle ist verboten. Die Kohlen für den Haushalt werden rationiert.

### Der polnische Vormarsch

Warschau, 15. Oktober.

Der polnische Generalsstabbericht vom 15. Oktober meldet: Nordöstlich von Wilesta zerstreute unsere Reiterei während ihres Vormarsches in der Richtung auf Krzywice die 8. Sowjetdivision und erbeutete 3 Geschütze und 17 Maschinengewehre, 13 Feldküchen, Trainmaterial und die Divisionskanzlei. Unter den einigen Hundert Gefangenen, die in unsere Hand fielen, befinden sich einige Regimentskommandanten.

Warschau, 15. Oktober.

Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter ist heute beendet worden. Die Verhandlungen, die die ganze Nacht andauerten, hatten ein günstiges Ergebnis.

### Gewerkschaftskongress der Schweiz

Neuenburg, 15. Oktober.

Unter außerordentlich harter Beteiligung wurde heute nachmittag der Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes durch den Präsidenten des Bundes, Nationalrat Schneiderberger, eröffnet. U. a. waren 10 ausländische Landeszentralen vertreten. Gegen das vom Bundesrat gegen die russischen Gewerkschaftsvertreter erlassene Einreiseverbot wurde eine Entschließung angenommen, in der die Versammlung energisch gegen die Haltung der Landesbehörde protestiert. Dubogues überbrachte die Grüße des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

### Ein bestechlicher Ministerialrat

Auch Dr. Hermes mitschuldig?

Auf dem Kasseler Parteitag der Rechtssozialisten hat der Ministerpräsident Braun von einem hohen Beamten gesprochen, von dem er positiv wisse, daß er bestechlich sei. — Braun sagte hinzu, er sage dies öffentlich, um die Wiedereinstellung dieses Beamten zu verhindern.

Es handelt sich um den Ministerialrat und Geh. Regierungsrat Dr. Erich Augustin aus dem Reichsernährungsministerium, der von dem Zentrumsminister Dr. Hermes besonders begünstigt wird. Der Staatssekretär Dr. Huber erklärte einem Angestellten des Ernährungsministeriums, der Bedenken hatte, unter diesem Augustin zu arbeiten, daß der Minister Hermes Kenntnis von der Annahme von Bestechungsgeldern durch Dr. Augustin habe. Trotzdem erhielt Augustin die Leitung einer Abteilung im Reichsernährungsministerium, die folgende Aufgaben zu erledigen hatte: Landwirtschaftliche Berufsvertretung, landwirtschaftliches Kreditwesen, allgemeine Arbeiterfrage, Reichsarbeitsgemeinschaft der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, Arbeitsvermittlung, Ermittlung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, Indexkommission, Betriebsbeiratsung, Wirtschaftserberatung, Buchführung, Futtermittel, Einfuhr und Verteilung von Mais für Zwecke der Schweinemast, Einfuhr von Kraftfuttermitteln, Ein- und Ausfuhr von Tieren, Erzfah- und Milchfuttermitteln, Molkereierzeugnisse usw.

Dieser Dr. Augustin ist nun endlich aus seinem Dienst entlassen. Er erhält für vier volle Monatsmonate das Gehalt ungefügt

ausbezahlt. Die Sache dürfte weitere Kreise ziehen und der Öffentlichkeit einen Korruptionsherd von erheblichem Umfange zeigen. Für unsere Partei hat die Sache noch ein weiteres Interesse. Das Zentrum hat sich an der Entreechtung Groß-Berlins und dem niederträchtigen Attentat gegen den roten Magistrat eifrig beteiligt. Es hat, wie alle bürgerlichen Parteien, unsere Genossen in der denkbar schärfsten Weise angegriffen und auch ihre Begabung zu verhöhnen gewagt. Nun, der Doktor Erich Augustin hat ein Duzend Examina bestanden, war der Freund des Ministers Dr. Hermes und steht jetzt als käuflicher Staatsbeamter am Pranger!

Die gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes erhobenen Vorwürfe beziehen sich nicht nur darauf, daß er den Regierungsrat Augustin im Amte gehalten hat, obwohl die Bestechlichkeit dieses Mannes bekannt war, sondern sie richten sich neuerdings auch unmittelbar gegen Hermes selbst. Es wird behauptet, Hermes habe sich aus der Preisausgleichsstufe für Stickstoff-Düngemittel ein Auto im Werte von 28 000 Mark widerrechtlich beschafft. Ferner erhebt der „Vorwärts“ gegen Hermes die Anklage, daß der ebenfalls im Reichsernährungsamt wirkende Geheimrat Bose zum Ministerialrat befördert worden sei, nachdem es ihm gelungen war, die Lieferung der amerikanischen Milchfette so lange zu hintertreiben.

Die „Germania“, das Organ der Partei des Herrn Hermes, teilt nun mit, daß die Zentrumspartei es für notwendig halte, die Anschuldigungen gegen Dr. Hermes nachzuprüfen. Man glaube zwar nicht an eine Schuld Hermes, sondern man wolle nur feststellen, daß eine maßlose Hehe gegen ihn geübt worden sei. Wir erwarten von der Zentrumspartei, daß von dieser Einschränkung nicht auf eine Voreingenommenheit zugunsten des Angeklagten geschlossen werden kann, die eine Untersuchung von vornherein zwecklos machen würde. Wir nehmen an, daß man sich auch in der Zentrumspartei bewußt ist, daß nur eine rücksichtslose Aufdeckung der Angelegenheit der Sache der Partei selbst zu dienen vermag.

### Der Schrei nach dem Zuchthaus

Die reaktionäre Presse tobt über den Aufenthalt der russischen Gewerkschaftsdelegation in Deutschland. Volkends aus dem Häuschen geraten ist sie aber über Sinowjew und seine Rede auf dem Parteitag in Halle. Der Mann muß uns schäblich gemacht werden, er gehört ins Zuchthaus, das ist der einzige Ausweg, den die „Deutsche Tageszeitung“ anzugeben weiß, wenn Deutschland nicht schnellstens zugrunde gehen soll. Das Blatt schreibt:

„Seit dem 15. September befindet sich als Avantgarde des Herrn Sinowjew, die Mission Losowski und Genossen, in der Zahl von sieben Köpfen, in Deutschland; und ihrer agitatorischen Vorarbeit ist zu einem erheblichen Teil die moskowitzische Zusammenkunft des Haller Parteitages zu danken. Das auswärtige Amt hat sich eine Ehre daraus gemacht, sein offenkundiges Genaschri werden durch diese geriebenen russischen Galle mit weiterer Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis zu beantworten. Herr Sinowjew hält in Halle eine Rede, die gegen mindestens zwei Paragraphen des Strafgesetzbuches, 85 (Hochverrat) und 130 (Anreizung), handgreiflich verstößt. Herr Sinowjew ist doch wohl nicht exterritorial und das Strafgesetzbuch weder außer Kraft gesetzt, noch aus dem Reichsamtlicher Staatsanwaltschaft verschwunden.“

Wir haben unsere Auffassung über Sinowjews Rede bereits festgelegt. Sie mußte gehalten werden, um volle Klarheit zu schaffen. Und wir fühlen uns stark genug, den Tendenzen seiner Rede Widerstand zu leisten. Im Kampf der Geister wird die Wahrheit und die Ehrlichkeit siegen. Beides ist auf unserer Seite. Deshalb kann durch die Anwesenheit Sinowjews in Deutschland niemand geschädigt werden. Nur vollendete geistige Unfähigkeit braucht als Hilfsmittel die Gewalt und das Zuchthaus, um sich durchzusetzen.

### Rappistischer Landräte

Unter dem Titel „Die unparteiische Regierung“ brachte die „Kreuzzeitung“ am Donnerstagabend die Mitteilung, daß mehrere Landräte, im ganzen zehn, von der Preussischen Regierung in den einseitigen Ruhestand versetzt worden seien, darunter auch Graf v. Rantzau, Landrat in Korungen. Die „Kreuzzeitung“, der diese Entlassungen natürlich nicht passen, setzte sich besonders warm für den Grafen Rantzau ein, dem sie seltene Pflichttreue nachsah.

Dazu erfahren wir, daß sämtliche entlassenen Landräte sich als Rappisten aus schwerster Kompromittierung hatten, besonders der Graf Rantzau, dessen „seltene Pflichttreue“ darin bestand, die größten Schwindelnachrichten empfehlend an alle Orts- und Landgemeinden weiterzugeben. Wenn die „Kreuzzeitung“ deswegen die Regierung höflich „unparteiisch“ nennt, so meint sie damit gewiß, daß nur-diesjenige Regierung unparteiisch ist, die Rappisten nach oben befördert.

## Das Problem von Moskau

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Die 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Dritte Internationale haben auch in der Schweiz heftige Debatten hervorgerufen. Vor dem Bekanntwerden der Bedingungen stand die Sache so, daß der Parteivorstand mit 20 gegen 18 Stimmen dem Parteitag einen Antrag empfohlen hatte, unter Wahrung der inneren taktischen Selbständigkeit den Anschluß an Moskau zu vollziehen. Der Parteitag, der zu diesem Antrag Stellung nehmen sollte, sollte sich auch mit dem inzwischen fertig gestellten neuen Programmentwurf befassen und über die Frage der Diktatur und des Rätesystems entscheiden. Die Mehrheit der Programmrevisionskommission stellte sich auf den Boden dieser Grundsätze und es war zu erwarten, daß der Parteitag für diese Anträge wie auch für den Anschluß an Moskau eine erhebliche Mehrheit ergeben hätte, wenn die Anschlußbedingungen den taktischen Vorbehalten Rechnung getragen hätten.

Die 21 Bedingungen zerstörten diese Hoffnungen. Sie brachten eine allgemeine Ernüchterung. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir feststellen, daß selbst die unbedingten Anhänger von Moskau erschrocken waren über den Geist der Engherzigkeit und Unwirklichkeit, der aus jeder Zeile der Bedingungen spricht. Die Geschäftsleitung trat am letzten Sonntag mit einem Antrag Grimm vor dem Parteivorstand, dessen Wortlaut die Leser der „Freiheit“ bereits kennen. Mit Zweidrittelmehrheit folgte der Parteivorstand der Geschäftsleitung und der nächste Parteitag wird, wie die Dinge liegen, ziemlich sicher mit ebenso großer Mehrheit den neuen Beschluß gutheißen.

Die äußerste Linke hat ein geradezu klägliches Bild. Noch vor dem Bekanntwerden der Bedingungen hatten sich in Ditten 54 der radikalsten Genossen zusammengefunden, um „mit allen Mitteln“ den Anschluß an Moskau zu erzwingen. Selbst die Drohung der Spaltung schloß nicht. Kurz nach dieser Tagung platzte die Bombe mit den Bedingungen und spaltete zunächst die 54. Ein Teil raffte sich, nachdem der erste Schrecken vorbei war, zur glatten Annahme der 21 Punkte auf, der andere Teil, darunter Schneider-Basel und Kobs-Zürich, verlegte sich aufs Auslegen und setzte sich damit nicht nur in Widerspruch zu den eigenen Anschlußfreunden, sondern auch zur Geschäftsleitung und deren Anhang. Von rechts und links abgelehnt, erzielten Kobs und Schneider im Parteivorstand ganze 8 Stimmen für einen Antrag, den Anschluß grundsätzlich zu beschließen unter Anbahnung neuer Unterhandlungen mit Moskau. Genosse Schneider, der in Berlin allzu voreilig ein Misstrauensvotum für die Geschäftsleitung voraussetzte, wird sich nun vielleicht mit dem etwas mageren Trost begnügen, daß der Prophet im eigenen Lande nichts gelte.

Ein nicht viel besseres Schicksal erlitten die Unentwegten von Zürich und Basel, die sich unter Führung von Weitz-Basel nach einigem Schwanken hartnäckig auf den Boden der Bedingungen stellten und jede Verwässerung ablehnten. Mit 47 gegen 12 Stimmen verwarf der Parteivorstand ihren Antrag auf unbedingten Anschluß. Der Parteitag dürfte, wie schon betont, in gleichem Sinne entscheiden.

Die Stellungnahme des Parteivorstandes ist durchaus keine Abfrage an die dritte Internationale. Sie ist einfach eine Ablehnung von Bedingungen, die gerade in unserem Lande unerfüllbar sind, weil dank der starken Profitwirtschaft während des Krieges das Unternehmertum, die Bauernschaft und selbst das Kleinbürgertum erstarbt sind, während andererseits die relativ bessere Lebenshaltung der Arbeiter — relativ besser als in den kriegsführenden Ländern — zwar nicht die Unzufriedenheit beseitigen, aber die revolutionäre Energie der Massen nicht steigern konnte.

Es gibt in unserem Lande noch viel Vorbereitungsarbeit zu leisten. Die Ueberzeugung, daß die wörtliche Annahme und Erfüllung der 21 Bedingungen gerade bei uns, die wir noch meilenweit vom revolutionären Stadium entfernt sind, verhängnisvoll, ja ruinös wirken müßte, bemächtigt sich immer weiterer Parteikreise. Der Eindruck, daß die 21 Bedingungen unverantwortlich leichtfertig aufgestellt worden sind, allzu sehr vom kleinlich-egoistischen Gesichtswinkel gewisser Kommunistengruppen aus, mit der Absicht, die Zertrümmerung der bestehenden großen Parteien durchzuführen, verstärkt sich immer mehr. Dieser Marodeur-Politik wird die große Mehrheit der schweizerischen Partei nicht folgen. Man wird verstanden, entsprechend dem Antrag Grimm, mit den übrigen Parteien, die sich Moskau anzuschließen wünschen, eine gemeinsame Unterhandlungsbasis zu finden. Es kann sich dabei nicht um die Gründung einer vierten Internationale handeln, — diese Absicht besteht nicht, — sondern einzig und allein um die Schaffung einer Plattform, von der aus mit Moskau neue, gemeinsame Unterhandlungen gepflogen werden können. Daß der Beschluß des Schweizerischen Parteivorstandes keine grundsätzliche Absage an Moskau bedeutet, erklärt auch die „Berliner Tagwacht“ in ihrem Kommentar. Das Berner Blatt stand immer auf dem Boden des Anschlusses unter Wahrung der taktischen Selb-



Rändigkeit und hat auch jetzt den Kampf nicht gegen die dritte Internationale, sondern nur gegen die Bedingungen geführt. Mit Recht schreibt sie:

Der Kampf um die 21 Bedingungen war nicht die Auseinandersetzung zwischen den Linken und den Rechten. Die Rechte verhielt sich in der Diskussion passiv, so daß die Solidarität mit der russischen Revolution unbeschränkt blieb. Die Redner der Parteilinken versuchten zwar ihre These, daß die Ablehnung der Bedingungen automatisch die Stellungnahme gegen die russische Revolution und gegen die dritte Internationale bedeute, aufrechtzuerhalten, indes nahmen die Auseinandersetzungen einen Verlauf, der deutlich bewies, daß die hier stets vertretene Auffassung, es handle sich im jetzigen Stadium ausschließlich um die Frage, ob die 21 Bedingungen von der Schweizerischen Sozialdemokratie ohne schwere Schädigung der Interessen der Arbeiterbewegung erfüllt werden können, auch von der Mehrheit des Parteivorstandes geteilt wird. Ueber die Richtigkeit dieser Problemstellung ist in der Tat nicht zu streiten. Man kann mit bestimmten Grundrissen einverstanden sein, ohne gleicher Meinung über den Zeitpunkt und die Bedingungen ihrer Anwendung zu sein. Darum ist die Lösung, wie sie in Deutschland von Crispian und Ledebaur, in Italien von Serati, in Frankreich von Longuet angenommen wurde, richtig; für Moskau, aber gegen die 21 Bedingungen! Das ist, vielleicht mit einigen Ausnahmen auf der äußersten Rechten, auch der Sinn des vom Parteivorstand zuhause des Parteitagcs angenommenen Antrages Grimm.

Der außerordentliche Parteitag, der vom 10. bis 12. Dezember in Bern stattfindet, wird nun volle Klarheit schaffen. Es kann vorausgesetzt werden, daß sich seine Mehrheit gegen die Bedingungen entscheiden wird.

### Vösartige Mächenschaften Stinnes legt die Hochöfen still

In der Morgenausgabe haben wir die Meldung gebracht, daß die Unternehmervertreter im Reichshausrat die von der Sozialisierungskommission gemachten Vorschläge einstimmig abgelehnt haben. Das war zwar nicht anders zu erwarten, aber es zeigt sich doch auch hier wieder, daß das organisierte Unternehmertum einhellig und zielstrebig vorgeht, wozu auch jene Gruppen nicht ausgenommen sind, die in den planwirtschaftlichen Körperschaften auf die „Vorstufe zum Sozialismus“ getreten sind, um mit Wiffen zu reden.

Aber dieser Teil des Kampfes der Unternehmer gegen die Sozialisierung ist nicht der vösartigste. Es scheinen noch andere Methoden in Anwendung kommen zu sollen. Jetzt haben die Herren Kirdorf, Stinnes und Bogler, drei Wirtschaftspolitiker von notorischer und eingestandener Strupellosigkeit, folgende Telegramm in die Welt geschickt, das von W. I. S. verbreitet wird:

Die Kohlenfrage zwingt uns nachdem bereits früher vier Hochöfen außer Betrieb gesetzt sind, heute zwei weitere Hochöfen stillzulegen. Hierdurch sind neue Arbeiterentlassungen unvermeidlich. Dabei ist bekannt, daß in Frankreich großer Ueberfluß an Koks und Kohlen herrscht, so daß teilweise die Bahnhöfe wegen Ueberfüllung verstopft sind. Die Gasanstalt Paris hat 900 000 Tonnen, d. h. mehr wie je zuvor. Wir bitten dringend, Schritte zu tun, das Angebots des Ueberflusses in Frankreich so viel Kohlen und Koks in Deutschland zurückgehalten werden können, daß unsere Wirtschaft nicht vollkommen zusammenbricht.

Es ist noch in aller Erinnerung, daß Stinnes in Spaa interveniert hat, um eine Entscheidung herbeizuführen, die die Besetzung des Kohlenbeckens unermesslich gemacht hätte. Stinnes verfolgte damit nicht zuletzt den Plan, die Zeichen vor der in Deutschland drohenden Sozialisierung in Sicherheit zu bringen. Wir können deswegen die Handlungsweise dieser Leute, die sorgfältigste Stilllegung von wichtigen Betrieben, nicht einfach als ein unabänderliches Faktum hinhinnehmen, wie andere Blätter es tun. Wir haben den Verdacht, daß mit der Stilllegung der Betriebe die Politik von Spaa fortgesetzt wird. Könnte man das Zustandekommen des Kohlenabkommens nicht hindern, so will man wenigstens seine Durchführung durchkreuzen. Der Effekt wäre schließlich der gleiche. Unser Verdacht wird verstärkt durch die herausfordernde Art, mit der die Leute ihre Handlungen in die Welt setzten.

Wir fordern daher, daß dieser Fall zum Gegenstand eines strengen Untersuchungs unter Beteiligung von Vertretern der Arbeiter- und Angehörigen gemacht wird. Wir wissen, daß die Kohlen knapp sind. Aber es geht nicht an, daß etwa durch bewußte Sabotageakte der Unternehmer der Eindruck des Ruins der deutschen Wirtschaft herbeigeführt werden soll, um dunklen Plänen zu dienen. Dieselbe Regierung, die von den Bergleuten verlangt, daß sie Ueberflüsse verschaffen und ihre Gesundheit einsehen, damit das Abkommen gehalten werden kann, sie hat die Pflicht, den Großindustriellen scharf auf die Finger zu sehen und böswürdige Machenschaften rückhaltlos zu unterdrücken.

### Wie die Regierung spart Nur Arbeit kann uns retten!

In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses wurde über die Verhandlungen der Brüsseler Finanzkonferenz berichtet. Den Ertztrakt der ganzen Besprechungen sah der Vizepräsident der Reichsbank v. Glasenapp in den Satz zusammen: „Allen Schwierigkeiten ist nur durch das alte Hausmittel Arbeit und Sparsamkeit abzuhelfen.“

Wie es mit dieser Sparsamkeit aussieht, das zeigt ein offizieller Bericht über die letzten Sitzungen des Reichsrats. In diesem nahm der Reichsrat den neuen Etat an, bemängelte aber bei dem Etat des Reichswirtschaftsministeriums die Höhe der persönlichen und sachlichen Ausgaben dieses Ministeriums und forderte eine Verringerung. Dr. Gehler, sichtlich betroffen, bemerkte hierzu, daß er sich der schwindelnden Höhe der Ausgaben durchaus bewußt sei und daß ein Ausschuß bereits über „Ersparnisse“ beraten habe. Die Riesenausgaben des Reichswirtschaftsministeriums stammen daher, daß in der Armee viel zu viel Offiziere untergebracht sind, die absolut keine Daseinsberechtigung mehr haben, die völlig überflüssig sind und im Höchstfalle am Tage einmal ihren Namen unter irgend ein Schriftstück setzen, das sie nicht gelesen haben. Den Fürsorgefinn des Herrn Gehler in allen Ehren, aber unsere Finanzen vertragen es nicht, Sinekuren für beschäftigungslose Offiziere zu schaffen, zumal wir ja eine Arbeitslosenunterstützung haben. Und außerdem: Nur Arbeit kann uns retten!

Auch die Preussische Regierung betrifft praktische Sparsamkeit. Nachdem eben erst ein Finanzdirektor ernannt worden ist, um den riesigen Beamtenapparat abzubauen, hat die preussische Regierung der Landesversammlung folgenden Gesetzentwurf vorgelegt:

Zur anderweitigen Organisation der Polizei wird der Beamtenstand im Ministerium des Innern und im Finanzministerium vorübergehend vergrößert. Bis zur Uebernahme auf den Staatshaushaltsplan können die zur Errichtung planmäßiger Stellen für 1 Ministerialrat mit Direktionsaufgabe, 4 Ministerialräte, 3 Regierungsräte, 20 Ministerialsekretäre, 5 Ministerialassistenten, 5 Ministerialamtsgehilfen im Ministerium des Innern — und 1 Ministerialrat, 2 Ministerialsekretäre im Finanzministerium — weiter erforderlichen Ausgaben aus bereiten Mitteln geleistet werden.

Es fehlt nur noch, daß eine ähnliche Kostenauforderung von Räten und Sekretären für die Dienststelle des Finanzdirektors erfolge, der gerade den Abbau der Amtsstellen durchzuführen soll!

### Der Kampf um Oberschlesien

Während die deutsche Regierung eine Fülle von Anklagen gegen das Treiben der Polen in Oberschlesien in der deutschen Presse verbreitet hat, war auch die polnische Regierung nicht faul, die Deutschen zu verärgern. Ein Weisbuch, das 47 Dokumente und zahlreiche Photographien über deutsche Treibereien enthält, ist von ihr in Spaa der Entente überreicht und nachher an die Ententepresse verandt worden. Die deutsche Regierung hat es nicht erhalten, sie ist erst vor kurzem in den Besitz des Weisbuchs gelangt. In der Ententepresse sind zahlreiche Dokumente daraus nach und nach wiedergegeben worden. Auf diese Weise ist es den Polen gelungen, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen und Deutschland ins Unrecht zu setzen. Die deutsche Regierung nimmt erst heute, also ziemlich spät, Gelegenheit, sich zu dem Weisbuch zu äußern. Nach ihren Angaben sind von den 47 Dokumenten 27 — also mehr als die Hälfte — gefälscht, von den übrigen 20 Dokumenten sind 8 echt, aber zum Teil entstellend, 6 sind polnische Agentenberichte und Zeitungsmeldungen, die übrigen 6 sind unkontrollierbare Privatbriefe.

Da uns das polnische Weisbuch nicht vorliegt, können wir uns vom Wert des deutschen Dementis kein Bild machen. Wir zweifeln sehr gar nicht, daß sowohl der polnische wie der deutsche Regierung gefälschte oder entstellte Regierungsdokumente, Spionageberichte und unkontrollierbare Privatmeldungen im Kampf der politischen Meinungen nichts Fremdes sind. Wir lehnen es daher ab, die deutsche Enttarnung, als ob es sich hier um ein ganz neues politisches Verbrechen handelte, mitzumachen.

Interessanter finden wir von unserem Standpunkt aus die Wirtel der polnischen Fälschungen. In allen Spielen Geheimbefehle von Reichswehrkommandos, Nachrichten über deutschnationale Verbände und Organisationen, Neben von Freikorpsführern an zu entlassende Mannschaften, die Tätigkeit von Abwicklungsstellen, Pläne von Geheimorganisationen eine besondere Rolle. Ob das, was die polnische Regierung gerade behauptet, richtig ist, steht dahin, aber daß alle Organisationen und Militärschulen ununterbrochen das größte Unheil anrichten, da ihre erwiehenen Taten polnischen Agenten genügend wahrheitsähnliches Material für Rumungsmäßige Erfindungen liefern, steht fest.

### Wo die Staatsgelder bleiben

Warzenwerder ist ein Städtchen, das mit den Vororten 15 000—16 000 Einwohner zählen mag. Dort ist jetzt die dritte Tageszeitung gegründet worden. Neue Zeitungen pflegen in der Periode des Papiermangels und der Materialsteigerung nicht vom Himmel zu schneien und der gewöhnliche Durchschnittsmensch wird sich nicht erlauben können, wie in einem solchen Reiz drei Blätter zuzugehen wollen. Des Rätsels Lösung ist ziemlich einfach: Warzenwerder ist die größte Stadt des gleichnamigen Arrondissementsbezirks. Aus Staatsmitteln, aus den Fonds für die Abstimmungspropaganda, ist das neue Unternehmen, das sich „Weichselzeitung“ nennt, fundiert. Es soll keiner bestimmten Partei, sondern allgemein deutschen Interessen dienen. Redakteure, Drucker und sonstige Interessenten sind als die Träger der Abstimmungspropaganda bekannt. Mit einem Wort: ein Hehlblatt gegen die Polen. Auch wir sind keine Freunde des polnischen Imperialismus. Auf diese Art wird jedoch nichts zu Deutschlands Gunsten bewendet. Und die Staatsgelder für die „Weichselzeitung“ sind nutzlos vergeudet. Wann, zum Teufel, wird der parlamentarische Untersuchungsausschuß in die Lotterwirtschaft drinschauen?

### Die indirekte Streikarbeit

Das „Berliner Tageblatt“ beschäftigt sich mit unseren und dem „Bormärtis“ Erwiderung auf Theodor Wolffs Spionagerellen über die indirekte Streikarbeit und auf sein Verlangen nach einem Antistreikgesetz. Für uns hat das Blatt nur die Bemerkung, wir hätten eine Sprache geführt, die eine Entgegung überflüssig mache.

Wie gut wir uns gegenseitig verstehen! Auch wir haben ja gesagt, daß es nicht unsere Absicht war, uns mit Herrn Wolff auseinanderzusetzen, etwa in der Art, wie es der „Bormärtis“ in einem Leitartikel tat. Daß das seinen Zweck hat, zeigt das erneute Eingehen des Blattes auf die Frage, was wiederum nur das völlige Unerwähnen der Hoffmanns auf diesen Gebieten zeigt. Uns kam es darauf an, Haltung und Absicht des Blattes und seines Chefs zu kennzeichnen, was wohl erreicht sein dürfte.

Auch Georg Bernbard. Gestern wußten wir uns mit dem von Theodor Wolff ausgeschönten Ruf nach dem Antistreikgesetz beschäftigen. Damit Berechtigtkeit walte und niemand benachteiligt werde, müssen wir heute mitteilen, daß Georg Bernbard, der ehemalige Sozialdemokrat, Chefredakteur der „Wolffschen Zeitung“, Abgeordneter im Reichswirtschaftsrat um. u. v., die gleiche Forderung erhebt. Was uns nicht überrascht und worüber wir uns nicht mit ihm auseinandersetzen wollen. Wie gesagt: nur damit Berechtigtkeit herrsche, registrieren wir das und betonen, daß alles, was wir von Herrn Wolff gesagt haben, auch von diesem Manne gilt.

Vollzählung in den Vereinigten Staaten. Nach dem Bericht über die amerikanische Volkszählung von 1920 befinden sich gegenwärtig rund 118 Millionen Menschen unter dem amerikanischen Sternendbanner. In den Vereinigten Staaten selbst leben 106,5 Millionen Menschen. Die auswärtigen Besitzungen haben eine Einwohnerzahl von rund 12 Millionen.

Angstweilerei in England. In der letzten Sitzung der Internationalen Wirtschaftskonferenz, die in London tagt, wurde mitgeteilt, der Minister des Innern habe dem Grafen Kehler, einem der deutschen Delegierten, verboten, an den Sitzungen teilzunehmen.

### 25 Jahre Naturfreundebewegung

Von Otto Gringer.

Die Arbeiter-Sportbewegung als Ganzes hat nunmehr ein vierzigjähriges Bestehen, reich an Arbeit und Erfolgen, hinter sich. Die der Zentralkommission für Sport und Körperpflege angeschlossenen Verbände der Turner, Radfahrer, Schwimmer, Athleten, Naturfreunde, Samariter u. a. haben heute rund 700 000 Arbeiterportier in ihren Reihen. Die Bedeutung der Erziehungsarbeit an der Arbeiterklasse auf körperlichem und geistlichem Gebiet, die hier geleistet wird, wurde bisher von den politischen und gewerkschaftlichen Zweigen der Arbeiterbewegung noch viel zu wenig gewürdigt — eine bedauerliche Tatsache, wenn man bedenkt, daß die ganze Erziehungsarbeit der Arbeiter-Sportverbände doch in der Hauptsache der Kräfteverteilung für den politischen und wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse dient!

Während die Hauptarbeit der Turner, Radfahrer, Schwimmer usw. auf dem Gebiet der körperlichen Erziehung liegt, steht bei den Naturfreunden die Erziehungsarbeit auf kulturellem, geistlichem Gebiet mehr im Vordergrund. Die Naturfreundebewegung ist von Österreich ausgegangen, speziell von Wien, wo 1886 in der dortigen Sozialdemokratischen Partei die ersten Zusammenkünfte erfolgten. In den Alpenländern, in Tirol, Schweiz, Bayern, dort, wo der Zauber der Hochgebirgswelt den Wanderer am Rücken lastet, wuchs die Bewegung sehr bald an, griff aber dann auch auf Mittel- und Norddeutschland, auf Ungarn, Skandinavien und Amerika über. Bei Kriegsbeginn 1914 fanden 34 000 Arbeiterwanderer in den Reihen des Touristenvereins Die Naturfreunde. Heute aber, bei der Rückschau auf ein vierzigjähriges Arbeit, sind es 80 000, davon im jetzigen deutschen Reich 25 000. In Italien und Frankreich ist die Bewegung erst in den Anfängen.

Wie sieht die Arbeit der „Naturfreunde“ aus? In den Fabriken, in den Kontoren der Großstadt arbeiten Hunderttausende von Proletariern tagaus, tagein im grauen Alltag, in schäblicher Luft. Sie hinauszuwähren an den arbeitsfreien Tagen in die Natur, ihre Lungen in reiner Luft, ihre Körper im Sonnensicht zu baden, ist eine Notwendigkeit. Auf den Wanderungen steht der Proletarier seine Heimat, die immer und überall wunderbar schön ist, — und die ihm doch nicht gehört. . . . Da erwacht jene tiefe Liebe zur Heimat in ihm, die so grundverschieden ist von der sogenannten „Vaterlandsliebe“ des Bürgertums — und er erkennt, daß es notwendig ist, diese Heimat, wenn sie dem Proletariat gehören soll, erst zu erobern im wirtschaftlichen und politischen Kampf. Und auf seinen Wanderungen kommt er mit der Natur selbst in engste Verbindung; er lernt die geologischen Verhältnisse, die Tier- und Pflanzenformen seiner Heimat kennen. Er erkennt, wenn er nun tiefer geht, sich selbst nur als einen Teil des Kosmos, des Weltganzen; er sieht die engen Zusammenhänge zwischen

Naturgeschehen und gesellschaftlichem Geschehen. Die Erkenntnis alles dessen ist einer der vielen Wege, die zur sozialistischen Weltanschauung führen. Und noch etwas anderes ist mit der Naturfreundebewegung eng verbunden: eine bessere, sittlichere Auffassung von der Lebensführung des Proletariats überhaupt. In der jetzigen Zeit sind Schweinefleisch, Schieberträge, Gassenhauer und Hintertreppentänzer mit Ausdauer dabei, das geistige Niveau der Arbeiterklasse möglichst weit herunterzubringen. Dem arbeitet die Naturfreundebewegung entgegen. Volksslieder und Volkssänge werden eifrig gepflegt, wissenschaftliche und schöngelungsliteratur wird verbreitet und die Veranstaltungen sind bildender, künstlerischer Natur.

In der Provinz Brandenburg ist die Naturfreundebewegung noch jung. Und doch haben sich dem Gau Brandenburg des Touristenvereins Die Naturfreunde in zwei Jahren 20 Ortsgruppen mit 1500 Mitgliedern angeschlossen. Das ist gegenüber der bürgerlichen Wanderbewegung, die in der Provinz Brandenburg ihre stärksten Organisationen hat, noch sehr wenig. Aber die Arbeiterwanderer werden dafür sorgen, daß sich das heutige Kräfteverhältnis ändert. Es muß sich ändern! Denn die bürgerliche Wanderbewegung ist Gift vom Geist der Weltanschauung des Bürgertums, ist eng verknüpft mit seiner verfaulenden, untergehenden Gesellschaftsordnung. Nur in den Organisationen des Proletariats ist der Geist lebendig, der seine Träger in eine bessere Zukunft hinarüberleben läßt; der Geist des Sozialismus!

### Eine Bürgermeisterstochter

Mädchen, Mädchen! Du hast Eiderichsen besucht, und in den Münchener neuesten Nachrichten“ steht nun zu lesen: „Der Urmahnmajor. Von Dr. Jse Wilde.“ Dortin, wo der Schauplatz des Weltkrieges am wildesten war, hatte er sich geschlagen: in den Urwald von Bialowieza.“ Jse, kennst du eine Schlacht von Bialowieza? Wenn er aufsonnerte, und das geschah hier, kurz und jäh, — dann sprangen die Eichhähnen von den Zweigen, die kleinen grünen Forstleutnants erblühen, die Herde schrakten zusammen und die Panzer sprachen Stundenlang nicht weiter. Nur die Schmöde küßelten leise im Gebüsch. Am ersten Abend lud er uns zum Nachtmahl in seine Leuchtvilla beim Jagdschloß. Noch sehe ich die Berge von knirschenden Radleschen, Kommissdrot und Butter vor mir, mit denen er als Vorspeise kräftig eingeebelter Hirscheulen uns bewirtete.“ Dortin, wo der Schauplatz des Weltkrieges am wildesten war. . . . Der nächste Abend brachte im großen Saal des Jagdschlosses ein Abschiedsmahl. Tanz wurde daraus. Der Wäldergewaltige hatte sein Herz für das schöne Geschlecht erbeutet, war voller Witz, Huldigung und der überfließenden Gewandtheit der großen Kraft. Er schwärmte von

dem bayerischen Volksbrauch des „Hensterins“ und schmeuberte einen beim wildesten Tenztempo auf seinem eisern federnden Unterarm hoch in die Luft über alle Köpfe weg.“ Einen? Wen? Aber Jse! „Als eine ihn fragte, warum er sich denn nie verheiratet hätte, da schmunzelte er nur und sagte: „Ich bin halt zu wild.“ Du bist halt zu jäh. . . . Was den Teufel schiert mich die Politik — hier ist ein Urwald, eine Kraft, die Urwälder wandern macht.“ Wischen, wie wäre es, und du schrießst über Sternidee!

### Zubelgesang des Bürgers

von Theobald Tiger.

Früher hatte ich einen Feind:  
Die verdammten Proleten!  
Wie waren die Duder letzte geernt —  
Ephe — kurz treten!  
Ein Stand — ein Kommando —  
ein Wille — ein Schritt —  
Und alle mit! —

Im November hing ich an einem Haun.  
Die verdammten Proleten!  
Meine Bank, mein Heiligstes war in Gefahr —  
Kopf ab — zum Beien . . . ?  
Ein Tag — eine Welle —  
ein Volk — ein Ruh —  
Und ich hatte Schik.

Heut gibt es kein Sozialistenpartei.  
Die dummen Proleten!  
Dah sie doch durcheinanderschreit!  
Dann kann ich sie besser treten!  
Ein Chaos — ein Kampf —  
Ein Raub — ein Gerast! — Gottselb!  
Und ich obenau!

(Was der neuesten Nummer der „Freien Welt“)

Internationale Zusammenarbeit von Schriftstellern. Der Verlag Graf Rowohl, Berlin, erschien in diesen Tagen eine Schrift über den Stand der Kunst und der Dichtung in England, Frankreich, Deutschland, Italien, Holland, durch welche die Kenntnis über ausgefüllt werden soll, welche durch die Kriegsunterbrechung in dem wechselseitigen Benehmen der Völker entstanden ist. Unter der Herausgeberführung von Friedrich Karlus Huebner, der auch den Beitrag über Deutschland geschrieben hat, vereinigen sich hier Paul Colin (Frankreich), Dietl Coster (Holland), Romano Guarnieri (Italien), Donald Goldring (England) zu einer Arbeitsgemeinschaft. Das Werk erscheint gleichzeitig und in den betreffenden Sprachen in fünf angeführten fünf Ländern.



# Die Debatten in Halle

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)  
Nach dem Sturm

Halle, 18. Oktober.

Der Parteitag wurde um 1/10 Uhr von Braß eröffnet. Zuerst erhielt das Wort Genosse Ledebour zu einer Erklärung. Ledebour führt aus, daß seine Freunde den Wunsch hätten, geordnete Verhältnisse für die Verhandlungen wieder herbeizuführen. Daher habe er folgenden zu erklären: Der Sturm der Entrüstung sei nicht darauf zurückzuführen, daß sogenannte beleidigende Ausführungen in der Rede des Genossen Losowsky enthalten waren, sondern darauf, daß er in weiterer Ausprägung die Bemerkungen Sinowjews, die sich gegen die Gewerkschaftsinternationale und deren Mitglieder gerichtet haben, ausgeführt habe. Er habe den Mitgliedern der Gewerkschaftsinternationale nationale Pflichten unterzogen. Sinowjew habe vorher bei seiner Rede u. a. gesagt, daß die Weiharbeiter, die Organe nicht so schlimm seien wie die Amsterdamer Internationale. (Lebhafter Beifall.) Das ist das Erniedrigendste, das überhaupt gegen Männer und Frauen gesagt werden kann, die die Aufgabe haben, die Arbeiterbewegung zu vertreten. Wir haben bei Sinowjew schon dagegen Protest erhoben, aber nicht beantragt, daß Sinowjew abtrete. Wenn das bei den in der Form sachlicheren Ausführungen Losowskys geschah, so ist es auf den Umstand zurückzuführen, daß abgesehen von der gesteigerten Erregung, Losowsky eine besondere Stellung auf diesem Parteitag einnimmt. Sinowjew war das Recht eines Delegierten zugesprochen worden, weil er als Vorsitzender des Exekutivkomitees der Moskauer Internationale, deren Auffassung bei der Beratung des wichtigsten Punktes des Parteitages, der Internationale, zum Ausdruck kommen sollte. Sinowjew hat dieses Recht ausgenutzt bis zu Beschimpfungen, aber Losowsky war nur berechtigt, aufzutreten als Vertreter einer ausländischen Organisation, um Begründungsworte auszusprechen. (Zurufe: Martow.) Martow hat sich in seiner Rede nur mit russischen Verhältnissen befaßt, aber sich nicht in unsere eigenen Verhältnisse eingemischt. Was er über russische Zustände gesagt hat, das möge bestraft werden. Aber Losowsky habe die Besessenen eines Saftes überschritten. Wenn also besondere beschimpfende Ausdrücke nicht den Anlaß zu der Erregung gegeben haben, so hat er doch eine Stelle in anderer Resolution zum Anlaß genommen, um die zu uns gehörenden revolutionären Gewerkschaften in beschimpfender Weise zu kritisieren. Meine Freunde, die innerhalb der Gewerkschaften für die Vertretung der revolutionären Ideen arbeiten, sind darüber in Entrüstung ausgebrochen und haben verlangt, daß ein Mann, der so das Sakrosankt mißbraucht, nicht weiter reden solle. Die weitere Erklärung Losowskys, daß er nicht beleidigen wollte, sei belanglos. Denn das sei eine Auffassung, die wohl vor bürgerlichen Gerichten Anhang finden mag, aber wir haben es hier nicht mit der bürgerlichen Rechtsprechung und auch nicht mit dem akademischen Kommentar zu tun. Wir nehmen jetzt die Zulassung an, daß Losowsky seine weiteren beschimpfenden Angriffe auf die Gewerkschaften machen wolle, daß er nur noch kurze Ausführungen machen werde, entgegen. Wir erwarten aber, daß er in seinen weiteren Ausführungen durch den

## Geiß jektiverischer Verheerung

das Sakrosankt nicht mißbrauchen wird. Adolph Hoffmann erklärt, daß Losowsky nicht nur kurze Ausführungen machen dürfe, sondern das, was er gestern gesagt habe, tun könne, nämlich seine Rede beenden. Wenn der rechte Flügel sich gestern schon auf diesen Standpunkt gestellt hätte, dann wäre es nicht zu der langen Unterbrechung gekommen. Im Proloquium seien keine beleidigenden Ausdrücke gefunden worden. Dismann aber habe Losowsky zugerufen, er sei ein Schwindler, und außerdem sei gerufen worden: Herunter mit dem Schwindler! Daraus sehe man, von welcher Seite Beschimpfungen gefallen seien. Man dürfe nicht aus partikularistischen und nationalitätlichen Auffassungen das Sakrosankt beschneiden, das sei auch bei Martow nicht geschehen. Ledebour habe am allerwenigsten das Recht, sich über Beleidigungen anzuhängen. Dismann: Wir haben gestern den lebendigsten Protest zum Ausdruck gebracht, nicht wegen einer formalen Sache, sondern weil Losowsky im Anschluß an die Ausführungen Sinowjews in schärfster beleidigender Form uns angegriffen hat. Er hat die Gewerkschaftsinternationale auf eine Stufe gestellt mit dem Geiß (Zuruf von der Linken: Sehr richtig.) Dismann verliest einen Satz aus der letzten Parteilage, in dem es heißt, daß die Gewerkschaftsinternationale mit ganzer Hingebung sich gebunden hätte an die internationale Bourgeoisie. (Zuruf von der Linken: Sehr richtig.) Die Gewerkschaftsinternationale besteht aus

27 Millionen Arbeitern.

Anschließend daran hat Losowsky sich mit meinen Bemerkungen an dem Internationalen Metallarbeiter-Kongress befaßt, und da habe ich ihm zugerufen „Internationaler Schwindler“. Ich habe keine Ursache, irgend etwas zurückzunehmen. Wir haben die Beschimpfungen auf die internationale Gewerkschaften tetelung angeht, jetzt erklären wir aber, daß die deutschen Gewerkschaftler wissen sollen, daß auch auf unserm Parteitag noch Leute sind, die das Ohrgefühl haben, solche Beleidigungen zurück zuweisen. (Stürmischer Beifall und Anrufe.)

Braß verliest den ganzen letzten Absatz aus der Rede Losowskys. Es gehe aus dem hervor, daß die deutschen Gewerkschaften nicht beleidigt werden sollten. Es seien nur die Führer der Gewerkschaftsinternationale damit gemeint gewesen, und von Dismann werde darin gesagt, daß er trotz seiner Kritik an der reformistischen Gewerkschaftspolitik doch diese unterstützt habe.

Losowsky erhält dann zu seinen Schlussbemerkungen das Wort. Er betont, er habe die Gewerkschaftsinternationale so klar angegriffen wegen ihrer Politik, die keine internationale Politik sein könne. Wer diese Politik während des Krieges bekämpft habe, könne sie jetzt nicht unterstützen. Das tue aber Dismann. Wegen dieser Behauptungen kommt es erneut zu stürmischen Unterbrechungen, da sie im wesentlichen eine Wiederholung seiner geistigen Ausführungen darstellen. Vergebens versucht der Vorsitzende Braß minutenlang durch Klänge Ruhe zu verschaffen. Nur dadurch, daß Dismann die Genossen auf der Rechten beruhigt, kann Losowsky weiterreden. Er bezieht sich jedoch auf eine Rede in Berlin, in der er erklärt habe, die Spaltung der Gewerkschaften sei ein Verbrechen. (Zurufe: Heuchelei!) Die Gewerkschaften wenden sich gegen die

kommunistischen Zellen

in ihren Organisationen. Losowsky beruft sich auf die Na und zitiert den letzten Bericht über die Verammlung des Zentralverbandes der Angestellten, aus dem hervorgehe, daß man die Zellen ausschließen wolle. Die Unabhängigen Gewerkschaftler müßten in den Gewerkschaften die gemeinsame Front mit den Kommunisten herstellen, sonst gäbe es keine Fortführung der Revolution. Nach etwa vierstündigen Ausführungen tritt Losowsky unter dem Beifall der Linken ab.

Um 10 1/2 Uhr ertönt Gonguel, von dem Römischen Beifall der Rechten des Kongresses begrüßt, als Vertreter der französischen Sozialisten das Wort. Er spricht französisch und wird bei besonders marxistischen Stellen oftmals durch Beifall und Händeklatschen unterbrochen. Seine Rede wird von der Genossin Toni Sender ins Deutsche übersetzt. Danach erhält nochmals Genosse Martow das Wort.

## Der Casseler Parteitag

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)  
Cassel, 16. Oktober.

Zum 6. Punkt „Parteiprogramm“ erklärt Braun: Wir müssen ein Programm schaffen, unter dem sich das ganze Proletariat vereinigen kann. Es muß einseitig werden durch Spezialprogramme. Wir müssen uns auf eine lange Koalitionregierung einstellen, da die Unabhängigen Partei zerbrochen ist, müssen Widerstand ge-

gen jede Abenteuerpolitik lassen. Wir sind eine Partei, die alle Klassen vom Universitätsprofessor bis zum ungelerten Arbeiter vereint. Doch muß der Industriearbeiter bei der Festlegung des Programms den Ausschlag geben. Wir sind die erste Partei, die nach dem Kriege und der Revolution sich ein neues Programm schafft. Zur Mitwirkung sollen Sachverständige herangezogen werden. Bernstein soll nicht in die Kommission aufgenommen werden, weil er dieselbe als der Vater des Revisionismus betrachtet wird.

Georg Schmidt spricht über die Richtlinien der Agrarpolitik. Die zur Gemeinwirtschaft reifen großen Land- und Forstbetriebe sind zu sozialisieren. Die übrigen Besitzverhältnisse nicht zu stören. Nichtbearbeitung sowie unwirtschaftliche Verwertung des Bodens nicht die Enteignung des Bodens nach sich. Die Siedlungspolitik ist zu fördern unter besonderer Berücksichtigung der Ost- und Heidegebiete. Auch ist Land aus übermäßigem Großgrundbesitz, vornehmlich von Kriegsgewinnern erworbenes Land zu Siedlungszwecken zu enteignen. Die Produktion und Verteilung der für die landwirtschaftliche Erzeugung notwendigen Maschinen und Betriebsmaterialien, vor allem der künstlichen Düngemittel und der Kohlen sind zu sozialisieren. Die Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter sind gegen Ueberarbeit und Unfall zu schützen. Die Arbeitsbedingungen sind durch Tarifverträge, Schiedsgerichte und Arbeiterschutzgesetze festzulegen. Alle Zweige der Sozialversicherung sind den Bedürfnissen der Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter anzupassen.

## Von einem Affen gebissen

Der Schattenkönig von Griechenland ist seit einiger Zeit krank. Man könnte meinen, die Krankheitsursache stehe in einem Zusammenhang mit den in den allgemeinen Zeitläuften begründeten Leiden der Kronenträger und es wäre auch verständlich, daß diese Krankheit gerade in Griechenland heute in ein besonders altes Stadium gerät. Aber wie das sich zwar demokratisch nennende, jedoch offenbar um das Befinden von Kronenträgern sehr besorgte „Berliner Tageblatt“ auf „Erkundung an zuständiger Stelle“ zu berichten weiß, hat die Krankheit des griechischen Königs eine andere Bewandnis. König Konstantin ist nämlich das nicht gerade alltägliche Mißgeschick passiert, auf einem Spaziergang von einem lebhafte Affen überfallen und gebissen zu werden. Diese Verletzung hatte eine Blutvergiftung zur Folge, doch ist das „Berliner Tageblatt“ in der dem Leser die beruhigende Versicherung zu geben, daß die Heilung nahe bevorstehe.

## Die Gefangenen in Sibirien

Aus Sibirien eingetroffenen Nachrichten befinden sich augenblicklich in Russland nur noch 40 000 Kriegsgefangene verschiedener Nationalitäten. 10 000 werden jetzt zurückgeliefert. Die Gesamtzahl Reichsdeutscher in Sibirien beträgt etwa 7 000, wovon 4 000 bereits auf dem Heimwege sind. Der Abtransport sämtlicher Kriegsgefangenen aus Sibirien wird Anfang November beendet sein, d. h. wenn nicht unvorhergesehenes Schwierigkeiten eintreten. In Orenburg, Ruban, Irtyschinsk befinden sich noch ungefähr 6 000 Mann Reichsdeutscher, hauptsächlich deportierte Kolonisten. In Turkestan befinden sich noch etwa 15 000 Mann, von denen 1 600 Deutsche sind. Im Rubangebiet befinden sich vermutlich noch 4—5 000. Die Maßnahmen für den Abtransport im Rubangebiet hängen hauptsächlich von der Frage ab, ob der Transport über Noworossisk stattfinden kann. Eine Hilfsexpedition nach Sibirien ist nicht mehr notwendig. Deutschland möchte nur dringende Maßnahmen treffen, damit die für Sibirien bestimmten Hilfsmittel sobald wie möglich in Petersburg und Moskau eintreffen, da die zur Verfügung stehenden Vorräte innerhalb von 14 Tagen erschöpft sein werden. Außerdem ist auch Hilfe für die Kriegsgefangenen in Turkestan und die Zivilgefangenen in Ostturkestan notwendig.

## Das ist ein Geschäft

Die kürzlich in Lübeck abgehaltene Generalversammlung der Pomona-Diamant-Gesellschaft hat dem A. Z. zufolge folgende Beschlüsse gefaßt:

Auf jeden Anteilchein von 100 M. wird ein zinsfreies Darlehen von 8 Wd. Sterling gewährt. Außerdem wird jedem Anteilnehmer ein Bezugsrecht auf 15 St. Consolidated Diamond Mines of South West Africa Shares a 1 Wd. Sterl. zu pari eingeräumt, wobei der Bezugspreis gleichfalls zinsfrei gestundet wird, so daß das Darlehen insgesamt 23 Wd. Sterl. auf den Anteilchein von 100 M. beträgt.

Die Form des „zinslosen Darlehens“ ist natürlich nur ein anderer Name für Dividende. Man weicht dieser Benennung nur deshalb aus, weil man selbst das Gefühl hat, daß in diesem Falle der Begriff Dividende kaum mehr anwendbar ist, denn legt man den heutigen Kurs eines englischen Pfund Sterling der Umrechnung zugrunde, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Empfänger eines auf 100 M. Kennwert lautenden Anteils nicht weniger als 5500 M. Gewinn zufließen. Das nennt sich ein Geschäft! Es würde aber auch wohl interessieren, in welcher Weise der deutsche Fiskus seine Steuerrechte auf diese Einkünfte geltend machen will. So leicht und so gründlich wie bei dem Lohnabzug dürfte ihm dies kaum fallen.

Angeichts dieser Rentabilität des Diamantengeschäfts wird es verständlich, daß die chemische Industrie bisher alles aufgewendet hat, um auf künstlichem Wege Diamanten herzustellen. Wie nun gemeldet wird, soll dies der Dynamit-A. G. vorm. Alfred Nobel in Hamburg gelungen sein. Die Firma stellt schon jetzt täglich mehrere hundert Karat her. Die Erfindung ist zur Patentierung angemeldet.

Die Zerstörung der Dieselmotoren. Wie aus Augsburg gemeldet wird, hat die Bewegung gegen die Zerstörung der Dieselmotoren den Erfolg gehabt, daß die Verhandlungen neu aufgenommen wurden. Die für den 13. Oktober vorgesehene Zerstörung durch eine Entente-Kommission ist vorläufig aufgeschoben worden.

## Gewerkschaftliches

### Aus der Praxis des Demobilisierungskommissars

Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlins hatte am 6. Juli gegen die Firma Kores u. Co., Spittelmarkt 4-7, folgenden Schiedsspruch gefaßt:

„Die Firma Kores u. Co. hat gemäß § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 vor Entlassungen die Arbeitszeit zu verlängern. Die Antragsteller (2 Pader) sind dementsprechend wieder einzustellen und für die Zeit der zu Unrecht erlittenen Arbeitslosigkeit zu entschädigen.“

Der Demobilisierungskommissar lehnte unter dem 15. September die Verbindlichkeitsverpflichtung mit folgender Begründung ab:

„Der Schlichtungsausschuss hat zu Unrecht seine Entscheidung darauf gefügt, daß vor der Entlassung der Beschwerdeführer eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht erfolgt ist. Die Nachprüfung durch mich hat ergeben, daß eine Streikung der Arbeit nicht möglich war, da zur Zeit der Entlassung überhaupt keine streikbare Arbeit vorhanden war. Auch sonst bestehen keine Bedenken gegen die Gültigkeit der Kündigung, so daß dem Schiedsspruch die Verbindlichkeit zu verweigern ist.“

Die Ablehnung und Begründung sind uns unbegreiflich. Die Firma beschäftigte 50 Arbeitnehmer, darunter 7 Hausdiener. Nur die beiden Beschwerdeführer wurden wegen Arbeitsmangel entlassen, 48 Arbeitnehmer sind weiter voll beschäftigt worden, für die ganz bestimmte Arbeit vorhanden gewesen ist. Die beiden Leute hätten unbedingt weiter beschäftigt werden können, eine so geringe Arbeitsstreckung war sehr gut möglich. Vor der Entscheidung des Demobilisierungskommissars ist nicht nur der eine Pader, sondern noch zwei andere neu wieder eingestellt worden, so daß die Begründung der Ablehnung vollständig unzutreffend ist.

Leider ist diese Entscheidung durch Rechtsmittel nicht anfechtbar, der Demobilisierungskommissar hat sich vielleicht einmal geirrt, der arme Pader liegt auf dem Straßenpflaster. Auf eine Beschwerde beim Ministerium für Handel und Gewerbe kam der lafonische Bescheid, daß eine Abänderung der Entscheidung des Demobilisierungskommissars nicht zulässig ist. Bist Du Gottes Sohn, so bist Du selber. Wenn bei so klarem Sachverhalt ein gerechtfertigter Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt wird, da sollen die Arbeiter noch Vertrauen zu dieser Stelle haben?

## Zur Trinkgeldfrage im Gastwirtsgerwerbe

Die Tagespresse durchläuft ein Bericht, nach dem der Verwaltungsrat des Verbandes Deutscher Hotelbesitzervereine auf seiner Tagung in München sich mit der Entlohnung des Bedienungspersonals und der Trinkgeldfrage beschäftigt und dazu beschloß, daß eine neue Regelung der Entlohnung in der Weise durchzuführen, daß den betreffenden Angestellten zwar ein monatlicher Lohn vom Arbeitgeber bezahlt werden soll, im übrigen aber zu dem früheren Modus zurückzuführen, Zahlung von Trinkgeldern den Gästen zu überlassen. Das heißt mit anderen Worten: die Hotelbesitzer wollen einen großzügigen Abbau der Löhne vornehmen, um nach und nach die Entlohnung des Bedienungspersonals wieder wie ehedem, trotz der gewaltig gestiegenen Preise, auf das Publikum abzumwälzen und die Angestellten wieder zu Trinkgeldempfängern, zu Menschen zweiter Klasse zu degradieren.

Wir leben uns auf Grund der in diesem Bericht enthaltenen, das Publikum irreführenden Ausführungen daran, zum Wohle der Allgemeinheit wie auch im volkswirtschaftlichen Interesse an dieser Frage Stellung zu nehmen. Schon lange vor dem Kriege war ein großer Teil der Angestellten und als deren Vertreter der Verband der Gastwirtsgehilfen bestrebt, sich an Stelle des in moralischer und sittlicher Beziehung verwerflichen Systems der Trinkgeldentlohnung durch den Gast die feste Entlohnung durch den Arbeitgeber zu erkämpfen. Diese Bestrebungen fanden beim Publikum, in der Presse und durch die Gesellschaft für soziale Reformen bereitwilligste Unterstützung. Nach dem Kriege lebten die Kämpfe der Angestellten auf Abschaffung des Trinkgelds in verstärktem Maße ein (nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern mit einem ausgedehnten Gastwirtsgerwerbe) und es gelang den Angestellten auch im Laufe der letzten zwei Jahre in den meisten Großstädten Deutschlands das Trinkgeldsystem zu beseitigen, entweder durch die feste Entlohnung, oder, wo ihnen dieses auf den ersten Anblich nicht gleich glückte, durch das Prozentsystem mit Garantieföhnen oder durch das Bedienungsgeld.

Im Gegensatz zu ihren Vorfahren, welche schon vor etwa 45 Jahren ebenfalls eine Bewegung in Flux brachten mit dem Ziel der Beseitigung des Trinkgeldsystems, scheinen die Hotelbesitzer von heute eher rückwärtlich als fortschrittlich zu sein. Und wenn die Hotelbesitzer so heute die Gelegenheit als Sprungbrett benutzen, daß tatsächlich von einem Teil der Angestellten noch Trinkgelder genommen werden, um deshalb das Trinkgeldsystem wieder einzuführen, so geschieht das nicht etwa, wie sie es hinstellen wollen, zum Vorteil des Publikums, sondern ausschließlich aus dem Grunde, weil das Trinkgeldsystem für sie am vorteilhaftesten und bequemsten ist und daß sie im Gegensatz zu den Unternehmern anderer Gewerbe und Industrien die Bezahlung der Angestellten dem konsumierenden Publikum überlassen wollen. Die Beweisführung der Unternehmer, daß die bisher unternommenen Verluste, das Trinkgeld durch feste Löhne oder Beteiligung am Umsatz abzudecken, nicht den erwarteten Erfolg gehabt hätten, ist denn doch zu fabelhaft, um vom Publikum ernst genommen werden zu können. Auch der sich stets wiederholende Hinweis der Unternehmer auf die hohen Verdienste einzelner (es kommen dabei nur einige, vornehmlich in Luxusbetrieben beschäftigten Angestellten in Betracht) können nicht als stichhaltig anerkannt werden, um damit die Wiedereinführung des Trinkgeldsystems zu rechtfertigen. Wir stellen demgegenüber vor aller Öffentlichkeit fest, daß die Unternehmer von Anfang an die Abschaffung des Trinkgeldsystems systematisch und mit Vorbedacht sabotiert haben, indem sie sich bei Verhandlungen über Abkündigung von Lohnverträgen stets hartnäckig weigerten, der Zeit entsprechend angemessene Löhne zu bezahlen.

Daß die Hotelbesitzer sehr wohl in der Lage sind, den Teuerungsvhältnissen entsprechende Löhne zu zahlen, beweisen die fast durchweg guten Geschäftsergebnisse der Hotelgesellschaften, wie auch die reichlichen Einnahmen der Unternehmer durch die Warenaufschläge, welche reißlos in ihre Taschen fließen. Sagt doch selbst der Internationale Hotelbesitzerverein in einem Artikel aus dem Juni d. J.: „Das Hotelgewerbe hat sich von der wirtschaftlichen Not der Kriegsjahre recht schnell erholt.“

Die Angestellten werden sich jedenfalls das Vorhaben der Unternehmer nicht stillschweigend gefallen lassen, wie schon vor kurzem die Bewegung der Angestellten anlässlich der Erneuerung der Tarifverträge im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet gezeigt hat, wo die Unternehmer ebenfalls eine Neuregelung der Löhne im Sinne des Beschlusses der Hotelbesitzer in München vorzunehmen gedachten. Die Angestellten haben dort einen Beschluß herbeigeführt, den Kampf gegen das Trinkgeld mit aller Schärfe durchzuführen und diejenigen Angestellten, die trotz des Beschlusses noch Trinkgeld annehmen, aus ihren Organisationen auszuschließen. Sie haben dabei die verständnisvolle Unterstützung der Presse sowie aller Kreise des Publikums gefunden. Auch die übrigen Angestellten im ganzen Reich werden den Kampf gegen das Trinkgeld mit aller Energie aufnehmen, und es ist deshalb notwendig, daß den Angestellten in ihrem Bestreben, das Trinkgeld zu beseitigen und an dessen Stelle feste auskömmliche Löhne treten zu lassen, die weitestgehende Unterstützung der Presse und des Publikums zuteil wird. Diese Unterstützung von Seiten des Publikums wird am wirksamsten sein, wenn sie den Angestellten keine Trinkgelder mehr anbietet.

## Verammlung der Gasarbeiter

Am 11. Oktober d. J. fand in der „Neuen Welt“ eine statt besuchte Verammlung der Gasarbeiter Groß-Berlins statt.

Durch die Ausweisung der russischen Gewerkschaftsdelegation wurde der erste Punkt „Die russischen Gewerkschaften und die ökonomische Lage Russlands“ von der Tagesordnung abgelehnt werden. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 11. Oktober 1920 in der „Neuen Welt“, Hainstraße, tagende Gasarbeiterverammlung erhebt schärfsten Einspruch gegen die Behandlung der russischen Gewerkschaftsdelegation. Die Beschlüsse bedauern, daß ihr durch das Redeverbot nicht die Möglichkeit gegeben ist, sich über die russische Gewerkschaftsbewegung zu informieren. Die Verammlung betont, daß es sich um eine Mitgliederversammlung handelt und protestiert dagegen, daß irgendwelche Regierungsinstanzen sie ungesetzmäßig als eine offizielle Verammlung bezeichnen und behandeln.“

In der Schlichtung der russischen Gewerkschaftsdelegation durch Hausladung, Redeverbot, Aufenthaltbeschränkung, erblidet die Verammlung eine frasse Stellungnahme der Regierung zugunsten des internationalen Kapitalismus und Imperialismus. Sie gelobt, sich durch derartige Hemmnisse auf dem Wege zur Verwirklichung des Sozialismus nicht aufhalten zu lassen und alle Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, eine internationale Verständigung der Völker zu fördern. Es lebe der internationale, völkerverbindende Sozialismus!“

Die Kollegen Schwanedede, Schaum und Deitmer, gaben darauf den Bericht vom Betriebsratkongress, welcher dahin aus-



gipfelte, daß die Kollegenschaft einmütig und geschlossen den Kampf gegen die privatkapitalistische Gesellschaftsordnung zu führen haben.

Unter Verschiedenes wurde Mitteilung gemacht, daß der Magistrat Berlin an die Streikbrecher während des Rapp-Putschs bisher die Summe von 221.539,15 M., ohne daß dieselben einen Handschlag geleistet haben, ausbezahlt hat.

Die Kollegen wollen hiergegen entschiedene Stellung nehmen.

### Lohnbewegung der Fleischer

In der Freitagabend in den Kulkertälen stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Fleischer, die von über 1200 Personen besucht war, schilderte Gen. Kossin recht treffend die derzeitige Lage im Beruf und geistigte das Verhalten der Berliner Fleischerinnung, die trotz des Versprechens, nach Freigabe der Wurstfabrikation, die vor 14 Tagen erfolgt ist, Gesellen einzustellen, ihr Versprechen bis heute nicht eingelöst hat.

Gen. Kossin gab den Tarifvertrag bekannt und teilte mit, daß die dem Zweigverband angehörenden Innungen abgelehnt haben, über den Tarifvertrag zu verhandeln. Die Forderungen der Fleischer sind folgende: Es werden gefordert: für Gesellen 220 bis 300 M. wöchentlich, für Verkäuferinnen 550-750 M. monatlich.

In der Diskussion wurde durchweg der Standpunkt vertreten, sofort in die Bewegung einzutreten und sie mit allen Mitteln durchzuführen, evtl. auch vor einem Streit nicht zurückzublicken. Ein Diskussionsredner gab bekannt, daß er gestern bei dem Fleischermeister Kuhlke, Birkenstraße, 10 Zentner ungeschmaltetes, nicht unterzuchtetes Schweinefleisch vorgefunden hat. Es konnten, nachdem die Polizei geholt war, leider nur 2 1/2 Zentner beschlagnahmt werden, das übrige war inzwischen beiseitegeschafft.

Zum Schluß wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am Freitag, den 15. Oktober 1920, versammelten Fleischer-Gesellen und Verkäuferinnen erklären, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Fleischerberufe die denkbar traurigsten sind. Bei Arbeitszeiten von 12 bis 14 Stunden täglich sowie Wochenlöhnen von 80 bis 100 M. ist kein Arbeiter als Mensch leben. Sie haben aber das Bestreben, einen zeitgemäßen Lohn und die gesetzliche Arbeitszeit auch für das Fleischergewerbe zu Einführung zu bringen und beantragen daher den Zentralverband der Fleischer, den vorgeschlagenen Tarifvertrag den einzelnen Meistern zu unterbreiten und mit allen Mitteln zur Anerkennung zu bringen. Die Versammelten bedauern das ablehnende Verhalten des Zweigverbandes für das Fleischergewerbe in der Tariffrage und geloben, sich voll und ganz für die Durchführung des Tarifvertrages einzusetzen.“

Der Unterstützung der organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft dürfen die Fleischer in ihrem Lohnkampf versichert sein.

### Technische Rottisse und Mühlenarbeiterstreik

Von Seiten der Ortsverwaltung des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes Berlin, Malackstr. 10, wird uns geschrieben: In einem vor einigen Tagen von uns veröffentlichten Artikel in Ihrer Zeitung verlesen wir auf das Verhalten der Technischen Rottisse in puncto des auch jetzt noch bestehenden Mühlenarbeiterstreiks. In unseren Ausführungen brachten wir am Schluß unseres Artikels zum Ausdruck, daß alle, die sich in diesem Falle der Technischen Rottisse zur Verfügung stellen, sich eines glatten Streikbruchs schuldig machen.

In einem längeren Schreiben an Ihre Redaktion versucht nun die Technische Rottisse es so darzustellen, als wenn die gemachten Ausführungen nicht der Wahrheit entsprächen.

Nach nochmaliger Rücksprache mit den Betriebsräten und den in Frage kommenden Vertrauensleuten der betreffenden Betriebe haben wir von dem von uns veröffentlichten nichts zurückzunehmen.

Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Technische Rottisse Arbeiten ausführt, die auszuführen nicht notwendig sind. Lediglich um zu verhindern, daß die Unternehmer, wenn der Kahn nicht sofort entladen wird, an den wartenden Kahnbesitzer eine hohe Konventionalsstrafe zahlen müssen, ist der Grund der Ausführung dieser Arbeit. Wenn der Technische Rottisse etwas anderes gelagt wurde, können wir das nicht wissen. Alle Mühlen haben eine Reihe von Meistern, die als schwimmende Speicher benutzt werden und wo sonst das Getreide auch monatelang aufbewahrt wird, ohne zu verderben. Wenn nun die Technische Rottisse schreibt, lediglich um zu verhindern, daß notwendige Mengen Mehl um, die für unsere Ernährung so bitter notwendig sind, der Allgemeinheit nicht verloren gehen, so sind wir derselben Ansicht wie sie, daß das nicht notwendig ist.

Wie aus der Zukunftsrichtigkeit, erwidert es den Anschein, als wenn auf Veranlassung der Reichsgetreidestelle die Technische Rottisse in ihrem Vorhaben unterstützt wird.

Hätte man die Technische Rottisse schon vor einigen Monaten dazu aufgerufen, in den Mühlen einzugreifen, wie dieselben noch im Betriebe waren, würde keiner etwas dagegen einzuwenden gehabt haben.

Aber jetzt, wo das vor Monaten von auswärts in Säcken angekommene Mehl hier wie ein Klumpen und vermodert und zum Teil mit Maden durchsetzt ist, kann auch die Allgemeinheit auf ihre Hilfe verzichten. Dieses Mehl taugt höchstens noch als Viehfutter.

Wir möchten deshalb der Technischen Rottisse empfehlen, aus diesen von uns gebrachten Gründen ihre Arbeit einzustellen.

## Groß-Berlin

### Laubenhäuser

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm in ihrer Sitzung vom 30. September einen Antrag auf Erbauung von 200 Wohnlauben an, die nordwestlich der Seebrücke, zwischen dem sogenannten afrikanischen Viertel und dem Pläntchen, erbaut werden sollen. Das Projekt ist seinerzeit vom Wohnungsverband Groß-Berlin ausgearbeitet und der Stadt gewissermaßen hinterlassen worden. Nach diesem Projekt waren Holzbauten mit einer Wohnfläche von 30 bis 35 Quadratmeter geplant. Da die Stadtverordnetenversammlung sowohl mit der geplanten Ausführung als auch mit dem Inhalt des Pachtvertrages nicht einverstanden war, beauftragte sie mit der Durcharbeitung des Projekts eine Kommission, die nunmehr ihre Arbeiten beendet hat.

Aus der Kommission ist die Vorlage völlig umgearbeitet herausgekommen. An die Stelle der Holzbauten von 30 bis 35 Quadratmeter sollen massive Bauten von 50 und 55 Quadratmeter Grundfläche treten. Als Baumaterial werden verwendet die in den städtischen Gaswerken als Nebenprodukt hergestellten Schlackenbetonsteine. Die Bauten enthalten je 2 Zimmer, eine große Wohnkammer und viel Nebengelände, wie es für die Gartenstadtwohnungen erforderlich ist, um Gerätschaften, Kleintiere und auch die gewonnenen landwirtschaftlichen Produkte unterbringen zu können.

Dem neuen Projekt kamen die Erfahrungen zugute, welche die städtische Güterverwaltung bei den Bau von ländlichen Arbeiterwohnungen unter Zuhilfenahme der Schlackenbetonsteine gemacht hat. Auch die räumliche Anordnung der Bauten konnte so für die halbländlichen Verhältnisse der Gartenhaus-Kolonie praktisch ausgearbeitet werden.

Um möglichst billig arbeiten zu können, sind je zwei Bauten an einander angelehnt und mit einem gemeinsamen Dach gedeckt. Dadurch werden Baukosten gespart und die Erwärmung der Innenräume ist gegenüber den ganz freistehenden Bauten erleichtert.

So sind aus den geplanten Wohnlauben keine nette, moderne Häuser geworden, die man vielleicht am besten mit dem Worte Laubenhäuser bezeichnet.

Zu jedem der Laubenhäuser gehört ein Gartenterrain von 400 bis 500 Quadratmeter. Leider mußte der Mietpreis für die Häuser gegenüber den zuerst geplanten Lauben etwas erhöht werden. Die Pacht soll statt 500 M. jährlich für die Bodenfläche

von 50 Quadratmeter 600 M. für die größeren Bauten 720 M. betragen.

Der Pachtpreis soll nach der Vorlage in vierteljährlichen in monatlichen Raten gezahlt werden, da diese Form der Mietzahlung bei unserer Berliner Arbeiterchaft allgemein üblich ist. Beseitigt wurde aus dem Vertrag auch das Verlangen auf Hinterlegung einer halben Jahrespacht, die vielen Arbeitern das Bezahlen der gefunden und praktischen Laubenhäuser unmöglich gemacht hätte. Auch einige andere unsoziale Paragraphen, die den gewöhnlichen Hauspachta-Verträgen entnommen waren, wurden noch geändert oder ganz entfernt.

Beibehalten wurde aber der Paragraph, der von jedem Mieter die Aufgabe seiner bisherigen Stadtwohnung verlangt.

Demnach ist der Zweck der Uebung: Für 200 Familien soll hier Wohnmöglichkeit geschaffen werden. Und möglichst schnell. Das konnte nur so rasch geschehen durch Herstellung von Kleinhausbauten. Hoffentlich ist es gelungen, damit einen Typ des Laubenhauses zu schaffen, der vorbildlich ist.

### Das bessere Brot

Mit dem heutigen Tage tritt nach den Beschlüssen der Reichsgetreidestelle eine Aenderung in der Ausmahlung des Brotgetreides ein. Roggen und Weizen werden vom heutigen Tage ab nicht mehr zu 90 Prozent, sondern nur noch zu 85 Prozent ausgemahlen. In der Bevölkerung ist die irtige Annahme verbreitet, daß das Brot nun sofort besser werden muß. Das trifft leider nicht zu. Die Reichsgetreidestelle hat die Groß-Berliner Gemeinden, trotz ihrer entschiedenen Einsprüche, noch auf eine Reihe von Wochen mit Mehl alter Ausmahlung versorgt. In verlässlichen Gemeinden reicht dieses größere Mehl aus zur Deckung des Bedarfs an Brotmehl auf die Dauer von sechs Wochen. Auch mit Stredungsmehl, namentlich mit Malzmehl, hat die Reichsgetreidestelle die Groß-Berliner Gemeinden überhäuft. Es werden also noch einige Wochen vergehen, bis den Bäckern Groß-Berlins das bessere Mehl zum Brotsboden übergeben wird und bis die Bevölkerung besseres Brot bekommt.

**Rätechule der Groß-Berliner Arbeiterchaft.** Am Donnerstag, den 21. Oktober, beginnt endgültig der Kursus: Sozialisierung und Technisierung der Landwirtschaft für Landagitatoren, Siedlungs-lustige, sowie für Arbeiter, politische und Betriebsräte der Landwirtschaft und derjenigen Gewerbe und Industrien, welche die Landwirtschaft mit Motoren, Maschinen, Baustoffen, Düngemitteln oder Futtermitteln beliefern oder selbst Landprodukte verarbeiten oder handeln. Beginn des Kursus am 5. Uhr in der 24. Gemeindefesthalle, hinter der Garnisonkirche 2, rechter Seitenflügel, 2. Stock, Zimmer 28. Teilnehmerkarten können im Bureau der Rätechule, Münzstraße 24, oder am ersten Kursusabend im Kursus selbst entnommen werden.

**Kohlenabgabe nur nach Gewicht.** Der Kohlenverband Groß-Berlin erlegt mit Wirkung vom 15. 10. 20 eine Befehlsmahnung, nach welcher Kohlen nur noch nach Gewicht abzugeben werden dürfen. Bei Lieferung frei Haus hat das Zubehören mittels einer Waage bei der Uebergabe der Ware zu geschehen.

**Charlottenburg.** Am Sonntag, vormittags 10 Uhr, findet im Volkshaus, gr. Zimmer, der Jugendunterricht statt.

**Voranschläge Bettler für Berlin und Umgebung am Sonntag.** Kälte, meist trübe, mit leichten Regenschauern bei schwachen, vorwiegend nordwestlichen Winden.

### Aus den Organisationen

1. Okt. Sonntag vormittags 9 Uhr, öffentlich, Schul-Tafel, Eberstraße, Jungfernstieg, Versammlung aller Kommunisten.

### Veranstaltungen

**Leser-Kreis „Die Arbeiterkraft“.** Berlin. Sonntag, 20. Oktober, Treffung im Lesersaal des Volksbundes, 12 Uhr auf den Vorlesungsaal. 2.45 Uhr Vgl. Gedächtnisrede, 6.00 Uhr Vgl. Vortrag: „Die Arbeiterkraft“, 6.00 Uhr Vgl. Weiblicher, 7.30 Uhr Vgl. Gedächtnisrede, 7.30 Uhr Vgl. Reden, 7.30 Uhr Vgl. Reden, 7.30 Uhr Vgl. Reden.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil K. Schmidt, Berlin. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ludwig K. Schmidt, Berlin. Verlagsanstalt: „Freiheit“, 6. m. b. H., Berlin. - Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin, 2. Preuß. Straße 4-6.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin • N 54, Eichenstrasse 33-35.

Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

### Achtung!

### Arbeitslose Metallarbeiter!

Am Sonntag, den 17. Oktober 1920, vormittags 10 Uhr:

## Berammlung

aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen im „Fagenhofer“, Fiedrichstraße 2-3.

### Tagesordnung:

Stellungnahme zur Wahl der Arbeitslosenräte.

Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte legitimiert. Ohne dieses kein Zutritt.

## Botenfrauen

verlangt sofort

Spedition Lorenz, Charlottenburg, Wollstraße 65.

## Botenfrauen

für die Tour Thorner Str. — Deutschröner Str. Spedition Werner, Greifswalder Str. 23

verlangt sofort Spedition Johannisstraße 9.

**FREIE WELT**  
SUBSKRIBIERUNG VOEGELSPREIS  
USPD  
Heft 39  
Die Bourgeoisie rüstet auf!  
Rückkehr aus Sibirien  
Riazanow in London  
Preis der Einzelnummer  
**60 Pfennig**  
Überall zu haben

## Kleidungsstücke

Alle Art Herren- und Damenkleidung, auch in den neuesten Modellen, zu billigen Preisen. Wir öffnen am Sonntag, den 17. Oktober, von 10 bis 12 Uhr, unsere Puppen- und Kleiderboutique in der Fiedrichstraße 2-3.

## Wohnungsaussch

Wohnungsausschreibung zu vergeben im Zentrum mit 1 Zimmer und Küche als Wohnung für einen Mann, gleichzeitig Einzahlung von 2 Zimmerwohnungen, 2. u. 3. u. 4. an die Expedition der Freiheit, Brechtstr. 4-6.

## Arbeiterjugend und Segelnde Frage

von Hans Dackmann  
Preis 2 Mark  
Verhandlung  
„Freiheit“  
Brechtstr. 4-6

**Kleine Anzeigen**  
Annahme in allen Epochen des Verlags  
Das Hefterschriftwort 2.- Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.- Mk.  
Geldzahlungen: Berlin 6 2, Weststr. 60

### Verkäufe

**Mandoline, Geige, Gitarre** (alle tabellen) in bester Ausführung billig veräußert. Verkauft am Sonntag, den 18. Oktober.

**Gut erhaltene Singer-Nähmaschine** und Gramophone mit 15 Platten zu verkaufen. Paul Haber, Berlin N. 20, Chausseestraße 77.

**Gewandlung** Haglans, Mäher, Schläpfer, Kugeln, Automaten, gezeichnete Hosen, Wintermäntel, sind ringsherum in unübersehbarer großer Auswahl von 500 bis 2000 M. an. Sonntag, Freitag, den 20. u. 21. Oktober, 10 bis 12 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3.

**Wichtig! Gardinen.** Ab Samstag, den 16. bis 20. Oktober, bei 15 bis 20 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3, Verkauf von 100 bis 2000 M. an. Sonntag, Freitag, den 20. u. 21. Oktober, 10 bis 12 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3.

**Wichtig! Gardinen.** Ab Samstag, den 16. bis 20. Oktober, bei 15 bis 20 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3, Verkauf von 100 bis 2000 M. an. Sonntag, Freitag, den 20. u. 21. Oktober, 10 bis 12 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3.

**Wichtig! Gardinen.** Ab Samstag, den 16. bis 20. Oktober, bei 15 bis 20 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3, Verkauf von 100 bis 2000 M. an. Sonntag, Freitag, den 20. u. 21. Oktober, 10 bis 12 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3.

**Wichtig! Gardinen.** Ab Samstag, den 16. bis 20. Oktober, bei 15 bis 20 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3, Verkauf von 100 bis 2000 M. an. Sonntag, Freitag, den 20. u. 21. Oktober, 10 bis 12 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3.

**Wichtig! Gardinen.** Ab Samstag, den 16. bis 20. Oktober, bei 15 bis 20 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3, Verkauf von 100 bis 2000 M. an. Sonntag, Freitag, den 20. u. 21. Oktober, 10 bis 12 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3.

**Wichtig! Gardinen.** Ab Samstag, den 16. bis 20. Oktober, bei 15 bis 20 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3, Verkauf von 100 bis 2000 M. an. Sonntag, Freitag, den 20. u. 21. Oktober, 10 bis 12 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3.

**Wichtig! Gardinen.** Ab Samstag, den 16. bis 20. Oktober, bei 15 bis 20 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3, Verkauf von 100 bis 2000 M. an. Sonntag, Freitag, den 20. u. 21. Oktober, 10 bis 12 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3.

**Wichtig! Gardinen.** Ab Samstag, den 16. bis 20. Oktober, bei 15 bis 20 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3, Verkauf von 100 bis 2000 M. an. Sonntag, Freitag, den 20. u. 21. Oktober, 10 bis 12 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3.

**Wichtig! Gardinen.** Ab Samstag, den 16. bis 20. Oktober, bei 15 bis 20 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3, Verkauf von 100 bis 2000 M. an. Sonntag, Freitag, den 20. u. 21. Oktober, 10 bis 12 Uhr, in der Fiedrichstraße 2-3.

### Möbel

**Arbeitslose, Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

### Fahrräder

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

### Werkzeuge u. Maschinen

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

### Verchiedenes

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.

**Wichtig! Kleiderstücke** und alle andere Pelzwaren, enger, billige Sommerkleider, Toiletten, Bekleidungsstücke, Schokolade, Silberwaren, Porzellan, etc. 20-4, Ecke Rosenstraße, 1. Trepp.